

Nusxasi 5 Krupur
ABONE
 (Posta ücreti dahil olmak üzere)
DAMIL İÇİN MARIÇ İÇİN

Aylık	Türk Lirası	1.50	R.M.	5.-
Üç aylık	"	4.25	"	13.-
Aylık	"	8.-	"	25.-
Beş aylık	"	15.-	"	50.-

Yabancılara kabul edilmez.
 Haftada 6 defa çıkar.
 Adres:
 Tekne Cadde No. 585 ve 587.
 Telefon: 44.606.
 Posta Kutusu: İstanbul 1269.

Türksche Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krupur

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat T. Pfd.	1.50	R.M. 5.-
" 3 Monate "	4.25	" 13.-
" 6 Monate "	8.-	" 25.-
" 12 Monate "	15.-	" 50.-

oder Gegenwert
 Erscheint wöchentlich 6 mal.
 Geschäftsleitung:
 Tekne-Cadde Nr. 585-587.
 Drahtanschr.: Türkipost.
 Fernsprecher: 44.606.
 Postfach: İstanbul 1269.

Empfänge bei Hindenburg.

Berlin, 14. Jan. (A.A.)
 Hindenburg empfing heute vormittag den früheren chinesischen Industrieminister Kung in Begleitung des chinesischen Gesandten in Berlin.
 Berlin, 14. Januar.
 Der Reichspräsident empfing heute nachmittag den Führer der Deutschnationalen Geheimrat Hugenberg zu einer längeren Besprechung.
 Eine nähere Mitteilung über den Inhalt der Unterredung wurde nicht veröffentlicht.
 Glückwünsche zu Dr. Marx' 70. Geburtstag.
 Berlin, 14. Januar.
 Der Reichspräsident hat zum 70. Geburtstag des früheren Reichskanzlers Dr. Marx in einem sehr herzlich gehaltenen Schreiben seine Glückwünsche ausgesprochen.

Erweiterung der Reichsregierung?

Wien, 14. Januar.
 Nach einer Wiener Meldung spricht man in deutschen parlamentarischen Kreisen von einer möglichen Erweiterung des Reichskabinetts.

Unterredung Schleicher-Krupp

Berlin, 14. Jan. (A.A.)
 Reichskanzler v. Schleicher hatte mit dem Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Krupp von Bohlen-Halbach, eine Unterredung über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Schleicher - Hugenberg.

Berlin, 14. Jan. (A.A. nach W.T.B.)
 Die Unterredung zwischen Schleicher und Hugenberg diente nur zur Unterredung des Reichskanzlers.

Hitler und Strasser.

Berlin, 14. Jan. (A.A.)
 Die Gerüchte, die von einer Zusammenkunft zwischen Hitler und Strasser wissen wollen, werden von der nationalsozialistischen Pressekorrespondenz als falsch bezeichnet.

Gegen Mißbrauch der Pressefreiheit.

Berlin, 14. Jan. (A.A. nach W.T.B.)
 Beleidigungen und Verleumdungen der Reichsregierung, die kirchlich in manchen Zeitungen erschienen, geben Veranlassung, daß die Presse im Namen des Reichskanzlers von zuständiger Stelle dahin veranlaßt wurde, daß gegen Mißbräuche der Pressefreiheit strenge Maßnahmen ergriffen würden.

Neue Wahlen in Lippe.

Lippe, 14. Januar.
 Heute, Sonntag, finden die Wahlen zum Landtag im Freistaat Lippe statt.
 Der Landtag besteht aus 71 Abgeordneten und wird auf 4 Jahre gewählt.
 Die Regierung von Lippe, das sogenannte Landespräsidium, wird ihrerseits wieder vom Landtag gewählt.
 Der letzte Landtag, der am 7. Januar 1929 gewählt worden war, bestand aus 9 Sozialdemokraten, 3 Deutschnationalen, 3 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei und je 1 Abgeordneter des Deutschen Landvolks, der Nationalsozialisten, der Volkrechtspartei, der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten.

Straterechtsangleichung an Oesterreich.

Berlin, 14. Jan. (A.A. nach W.T.B.)
 In einer Rede, die er vor der Berliner Juristischen Gesellschaft hielt, betonte der österreichische Justizminister Schuschnigg die Notwendigkeit, den Gedanken des einheitlichen Strafrechts zwischen Oesterreich und dem Reich zu verwirklichen.
 Die Vorbereitungen seien glücklicherweise schon sehr weit gediehen und dürften nicht unterbrochen werden. Die reichsdeutschen und österreichischen Juristen sollen im Gegenteil an der Wegräumung aller Hindernisse arbeiten.
 Unter den Zuhörern bemerkte man auch den Reichsjustizminister, den preussischen Justizminister und den österreichischen Geschäftsträger.

Vaida wieder rumänischer Ministerpräsident.

Bukarest, 14. Jan. (A.A.)
 Vaida, der stellvertretende Vorsitzende der nationalen Bauernpartei, ist gestern hier eingetroffen und hatte eine Zusammenkunft mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Maniu und mehreren Mitgliedern der Partei.
 Später wurde er vom König empfangen. Beim Verlassen des Königspalastes erklärte er, er sei mit der Regierungsbildung beauftragt, er wünsche jedoch zunächst Maniu zu sprechen.
 Der geschäftsführende Ausschuss der nationalen Bauernpartei trat am Nachmittag zusammen. Man glaubt, daß er Vaida die parlamentarische Unterstützung zusagen wird.
 Daher nimmt man an, daß Vaida den ihm anvertrauten Auftrag übernehmen wird.

Bulgarische Prinzessin geboren.

Bukarest, 15. Jan. (A.A.)
 Das Kabinett Vaida ist gebildet. Titulescu bleibt Außenminister.
 Sofia, 14. Jan.
 Die Königin von Bulgarien schenkte einer Prinzessin das Leben.

13 Jahre Diktat von Versailles.

Berlin, 14. Januar.
 Der Ostmarken-Verein erinnert heute in einem Aufruf an die 13. Wiederkehr des Tages, an dem das Diktat von Versailles in Kraft getreten, Ostpreußen vom Reich getrennt, Posen und Teile Westpreußens von Deutschland losgerissen und das Memelgebiet besetzt worden sei.
 In diesem Jahre — so heißt es in dem Aufruf — müsse auf der ganzen Linie der Kampf um die Abänderung des Versailler Vertrages aufgenommen werden.

Saarland-Ausstellung.

München, 14. Januar.
 Eine saarländische Ausstellung wurde heute in München feierlich eröffnet. In verschiedenen Ansprachen wurde die unbillige Zusammengehörigkeit des Saargebietes mit dem Deutschen Reich betont.

Abschied des Oberpräsidenten der Grenzmark.

Schneidemühl, 14. Januar.
 Für den scheidenden Oberpräsidenten der Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. v. Bilow fand heute eine Abschiedsfeier in Schneidemühl statt.
 Bereits in den letzten Tagen waren unter großer Teilnahme der Bevölkerung verschiedene Abschiedsfeiern abgehalten worden.
 Die heutige offizielle Feier wurde mit Musikdarbietungen eingeleitet.
 Dann sprach für das preussische Innenministerium, Ministerialdirektor Dr. Lohr, der die Bedeutung des scheidenden Oberpräsidenten hervorhob.
 Nach ihm sprachen die führenden Persönlichkeiten der Behörden und Kirchen, und zum Schluß Oberbürgermeister Schröder für die Provinzialhauptstadt Schneidemühl und den Städtetuband.
 Oberpräsident v. Bilow dankte in einer längeren Ansprache für die ihm zuteil gewordene Ehre. Seine Arbeit — so erklärte er weiter — sei in Treue und Dankbarkeit geleistet worden.
 Die Rechte der dem Deutschen Reich durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages entzogenen Provinzen Posen und Westpreußen zeige es mit besonderer Liebe zu pflegen. Die verlorenen Gebiete müßten sich wieder in die Wunde einfügen, die dem Vaterlande geschuldet worden sei. Ohne Schwertstreich müßten diese entzogenen Lande wiedergewonnen werden. Eine weitere Aufgabe sei es, die deutsche Kultur im Grenzraum zu stärken und damit die Heimat zu festigen.
 Zum Schluß richtete Dr. v. Bilow warme Abschieds- und Dankesworte an alle Erschienenen.
 Anschließend wurde dem scheidenden Oberpräsidenten zu Ehren von der Jugend Schneidemühl ein Fackelzug veranstaltet.

Der Gasi tritt heute seine Reise an.

Ankara, 15. Jan. (Tel.)
 Der Staatspräsident wird heute nachmittag in einem Sonderzug Ankara verlassen. Auf der Reise wird der Staatspräsident vom Wirtschaftsminister Dschelal Bey, dem Abgeordneten von Afion, Ali Bey, und einer Abordnung von Sachverständigen begleitet werden.

Empfänge.

Gestern empfing der Staatspräsident nacheinander den neuen österreichischen Gesandten Baron Dr. Versbach und den neuen griechischen Gesandten Sakellariopoulos zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben in seinem Kiosk in Tschankaja in Audienz.

Reise Kiasim Paschas in die Provinzen.

Ankara, 14. Jan. (Tel.)
 Der Präsident der G.N.V., Kiasim Pascha, wird in den nächsten Tagen eine Reise durch die Provinzen unternehmen, die ihn zunächst nach Adana und Mersina führen wird.

Polnische Gesandtschaft in Irak.

Warschau, 13. Januar.
 Die polnische Regierung hat eine Gesandtschaft in Irak errichtet.
 Zum Gesandten ist Stanislaus Hempel ernannt worden, der zugleich sein bisheriges Amt als polnischer Gesandter in Teheran beibehält.

Freundschaftsvortrag zwischen Irak und Afganistan.

Teheran, Anfang Januar.
 Vor kurzem ist in der irakischen Gesandtschaft ein Freundschaftsvortrag zwischen Afganistan und dem Irak von den beiderseitigen diplomatischen Vertretern unterzeichnet worden.

„Bagdad Times“ verboten.

Bagdad, 14. Jan. (A.A.)
 Der persische Gesandte in Bagdad erhob gegen die Auslassungen der „Bagdad Times“ über den englisch-persischen Streitfall, die dem Ansehen Persiens abträglich waren, Einspruch.
 Das genannte Blatt wurde für 15 Tage verboten.

Kolumbien marschiert.

Para (Brasilien), 14. Jan. (A.A.)
 Der Streit zwischen Peru und Kolumbien über den Besitz des Flusshafens Leticia scheint tatsächlich in ein blutiges Stadium einzutreten.
 Es wird gemeinet, daß das von General Vasquez Cobo befehligte kolumbianische Heer heute um 15 Uhr abmarschiert, um Leticia von den Peruanern zurückzuerobern.

Kanonboot unterwegs.

Rio de Janeiro, 15. Jan. (A.A.)
 Aus Manaus wird gemeldet, daß drei kolumbianische Kanonboote mit 2400 Mann, Gewehren und Maschinengewehren in Richtung auf Leticia unterwegs sind.
 Man erwartet in Manaus die Ankunft von vier weiteren Kanonbooten, die dort bunkern und dann gleichfalls nach Leticia fahren sollen.

Arbeitszeit-Tagung.

Genf, 14. Januar.
 Auf der Genfer Konferenz zur Verkürzung der Arbeitszeit betonte der italienische Regierungsvorredner neuerlich, daß eine internationale Verkürzung der Arbeitszeit zur Linderung der Arbeitslosigkeit notwendig sei.
 Der dänische Vertreter will eine Verkürzung nur für einige besondere Betriebe durchführen.
 Der schwedische Vertreter trat ebenso wie der belgische für die 40-stündige Arbeitswoche bei gleichbleibendem Wochenlohn ein.

G. N. V. Verschiedene Anträge. — Ferien

Ankara, 14. Jan. (Tel.)
 Die G.N.V. trat heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Kiasim Pascha zusammen.
 Gleich nach Eröffnung der Sitzung leistete Ajnes Dschewar Bey, der um Abgeordneten von Tschankak Kale gewählt worden ist, den vorgeschriebenen Eid auf die republikanische Verfassung.
 Es wurde dann der Vertrag über den internationalen Kraftwagenverkehr ratifiziert.
 Dann wurden der türkisch-belgische Niederlassungsvertrag sowie der türkisch-italienische Vertrag über die Zugehörigkeit der kleinen Inseln zwischen der Insel Meis und der anatolischen Küste sowie der Insel am Eingang der Bucht von Bodurum in zweiter Lesung angenommen. Ferner wurde das Gesetz über die Aufnahme einer Anleihe durch die Bewässerungsverwaltung der Ebene von Konak ebenfalls in zweiter Lesung angenommen.
 Durch ein weiteres Gesetz wurde das Finanzministerium ermächtigt, für den Bau der Gebäude des Justiz-, Wirtschafts-, Unterrichts- und Landwirtschaftsministeriums sowie des Ministeriums für Öffentliche Arbeiten, des Kassationsgerichts und der Gefängnisse Verpflichtungen in Höhe bis zu 3,5 Millionen Türkpfund zu tätigen.
 Nachdem auch ein Gesetz über die von Sonderverwaltungen bezahlten Lehrer sowie der

Politische Wochenschau.

Politik und Metaphysik. — Die Kirche und der soziale Gedanke. — „Dunkerque“ gegen „Deutschland“. — Was wird Japan weiter unternehmen? — De Valera's va banque-Spiel.
 Istanbul, 14. Jan.
 In der Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Probleme verrennen sich in der Weltpresse immer häufiger Betrachtungen metaphysischer Art. Im Leben der Völker und der Menschheit verbinden und trennen sich die Phänomene nach Gesetzen, die noch lange nicht erkannt sind. Ereignisse von scheinbar geringer Bedeutung tragen in sich das Geheimnis grundlegender Veränderungen, Niederlagen, die vernichtet schien, bereiten den Weg zu Erfolgen vor, die niemand hätte voraussehen können und berauschende Siege fallen in sich zusammen, indem sie in der Welt Verschiebungen von Kräften und von Interessen auslösen, die die Siege neutralisieren. Hat doch — um nur ein Beispiel anzuführen — noch neulich der tschechoslowakische Gelehrte und Staatsmann, Kramarsch, mit Vehement festgesetzt, daß „auch der konsequenteste Pessimist wohl nicht erwartet hatte, daß nach dem Krieg Frankreich so schnell verlieren- und Deutschland gewinnen würde.“ Die Nachkriegszeit hat überhaupt mancherlei Offenbarungen gebracht. Der Triumph der Organisation, der Technik, der Zahl und des Kapitals, dieser rasende Triumph, den der Weltkrieg der Weltkrise verwandelt. Weder von der Technik, noch von der materiellen Macht, weder vom Gold, noch von der Organisation, oder wie alle diese noch vor kurzem souveränen Formeln heißen mögen, wird jetzt noch eine wirkliche Rettung erwartet. Der Schrei, nicht nach der Umwertung aller Werte, sondern nach der Wiederherstellung des Wertes weggeworfener Werte, mit einem Wort der Schrei nach einer Mobilisierung der idealen und moralischen Kräfte der Menschheit wird immer lauter.
 Zu diesem noch immer schüchternen Chor hat auch die Kirche ihre Stimme gesellt.
 Für alle unerwartet hatte der Papst ein Anno Santo für das Jahr 1933/34 verkündigt — von Ostern bis Ostern — als ein Jahr der moralischen Sammlung und der Abkehr von der wilden und hoffnungslosen Jagd nach den materiellen Gütern dieser Welt. Man weiß, daß die Verkündigung eines „außerordentlichen Heiligen Jahres“ damit begründet wurde, daß sich in diesem Jahre tausendneunhundert Jahre seit dem Tod Jesu Christi vollenden. Der Papst hat aber auch von den beklagenswerten Verfolgungen gesprochen, die die christliche Kirche und ihre Getreuen erleiden — in Spanien und in Sowjetrußland. In Spanien erhebt sich die Religions- und gesellschaftsfeindliche anarchistisch-syndikalistische, oder, nach anderen Versionen einfach kommunistische Welle immer höher. In Sowjetrußland ist das Jahr 1933/34 das ins Auge gefaßte Kulminationsjahr des „Gottlosen Fünfjahrplans“, der im Mai 1937 damit endigen soll, daß „auf dem ganzen Territorium der Sowjetunion nicht ein einziges Gebetshaus verbleibt und der Begriff „Gott“ als ein mittelalterlicher Aberglaube und Mittel für die Bedrückung der werktätigen Massen auf dem Gebiet der Sowjetunion ausgemerzt wird.“ Gegen die Gottlosigkeit — und zwar nicht in Sowjetrußland, sondern in Frankreich — hat sich der Erzbischof von Cambrai erhoben. Er hat sich aber nicht mit religiösen Ermahnungen begnügt. Er hat sich resolut — wahrscheinlich zu resolut — auf das politische Gebiet begeben und einen militanten Hirtenbrief verfaßt, in dem die Politik der französischen Regierung, vor allen Dingen ihre Wirtschaftspolitik, auf das schärfste kritisiert wird. Der soziale Gedanke liegt auf dem Grund-

Kafandaris mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt.

Athen, 14. Jan. (A.A.)
 Zaimis schlug Tsaldaris die Neubildung der griechischen Regierung vor.
 Weniselos erklärte sich mit dieser Lösung einverstanden.
 Tsaldaris bezieht sich seine Antwort vor.
 Athen, 14. Jan. (A.A.)
 Man spricht von einem neuen Kabinett Tsaldaris.
 Der Kriegsminister und der Marine-Minister, Kyriakos und Konydis, gaben ihre bisherigen Ministerposten auf, vielleicht jedoch, um andere zu übernehmen.
 Kafandaris hat seine Besprechungen bereits aufgenommen.

Die Philippinenfrage.

Washington, 14. Jan. (A.A.)
 Hoover legte beim Kongress sein Veto gegen das Gesetz über die Unabhängigkeit der Philippinen ein und betonte gleichzeitig die „chaotische“ Lage rund um den Stillen Ozean und das Vorhandensein gewaltiger Völker in der Nachbarschaft der Philippinen. Die amerikanische Hoheit dürfe unter diesen Umständen keinerlei Verminderung erfahren.
 Hoover meinte, es müßten zwar Maßnahmen zur Befreiung der Philippinen getroffen werden, doch müßten diese Maßnahmen auf eine Volksabstimmung gegründet werden, die erst in 15 bis 20 Jahren stattfinden dürfte.
 Washington, 14. Jan. (A.A.)
 Trotz des Vetos des Präsidenten Hoover ist der Plan, die Philippinen für unabhängig zu erklären, noch nicht aufgegeben.
 Mit 274 gegen 94 Stimmen sprach sich das Repräsentantenhaus dafür aus,

Amerikanischer Flottenausbau.

Washington, 14. Januar.
 Den sofortigen Ausbau der amerikanischen Flotte fordert in einer Reihe von Zeitungsartikeln der Flottenchef der Vereinigten Staaten.
 Er erinnert zur Begründung seiner Forderung an eine Botschaft des verstorbenen Präsidenten Roosevelt aus dem Jahre 1901.
 Roosevelt sagt darin, daß eine angemessene Flotte keine Herausforderung, sondern vielmehr die beste Garantie gegen einen Krieg und die wirkungsvollste Friedenssicherung darstelle.
 Deshalb müsse — so erklärt der amerikanische Admiral — die Flotte unverzüglich so weit ausgebaut werden, als es die bestehenden Abkommen zulassen.

Zur Abrüstungstagung.

London, 14. Januar.
 Der Unterstaatssekretär im britischen Auswärtigen Amt sprach über die internationale Lage.
 Der Redner betonte dabei, daß das langsame Vorwärtkommen der Abrüstungskonferenz nicht auf die technischen Sachverständigen zurückzuführen sei. Die Schuld liege vielmehr auf Seite der politischen Beziehungen der europäischen Mächte zu einander.
 Er stellte ferner mit Befriedigung fest, daß es nunmehr gelungen sei, Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückzubringen, denn ohne die Teilnahme dieses Landes wäre eine Weiterführung der Arbeiten der Konferenz unmöglich gewesen.

Hoover vor der Amtsübergabe.

Washington, 13. Januar.
 Wie aus der Umgebung des amerikanischen Präsidenten mitgeteilt wird, beabsichtigt Hoover, sich nach Übergabe seines Amtes an Roosevelt mehrere Monate auf sein Landgut in Kalifornien zurückzuziehen.
 Wie verlautet, soll Hoover auch die Abreise haben, keinerlei Stellung mehr im öffentlichen Leben anzunehmen.

Alkoholverordnung.

Washington, 14. Januar.
 Eine weitere Milderung der Alkoholverordnung in den Vereinigten Staaten ist jetzt vorgenommen worden.
 Danach sind Weine mit einem geringen Alkoholgehalt freigegeben.